

SÜDWESTRUNDFUNK
SWR2 AULA - Manuskriptdienst
(Abschrift eines frei gehaltenen Vortrags)

Der Westen braucht mehr Demut!
Der Weg zum nachhaltigen Weltregieren

Autor: Prof. Harald Müller *
Redaktion: Ralf Caspary
Sendung: Sonntag, 15. März 2009, 8.30 Uhr, SWR 2

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula (Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in Baden-Baden erhältlich. Bestellmöglichkeiten unter Telefon: 07221/929-6030

Entdecken Sie den SWR2 RadioClub!

Lernen Sie das Radioprogramm SWR2 und den SWR2 RadioClub näher kennen! Fordern Sie unverbindlich und kostenlos das aktuelle SWR2-Programmheft und das Magazin des SWR2 RadioClubs an.

SWR2 RadioClub-Mitglieder profitieren u.a. von deutlichen Rabatten bei zahlreichen Kulturpartnern und allen SWR2-Veranstaltungen sowie beim Kauf von Musik- und Wort-CDs. Selbstverständlich erhalten Sie auch umfassende Programm- und Hintergrundinformationen zu SWR2. Per E-Mail: radioclub@swr2.de; per Telefon: 01803/929222 (9 c/Minute); per Post: SWR2 RadioClub, 76522 Baden-Baden (Stichwort: Gratisvorstellung) oder über das Internet: www.swr2.de/radioclub.

SWR 2 Wissen können Sie ab sofort auch als Live-Stream hören im SWR 2 Webradio unter www.swr2.de

Ansage:

Beim Thema Nachhaltigkeit denken wir meist an Klimawandel oder daran, dass Ressourcen knapp werden wie Wasser, Energie und fruchtbare Böden. Dabei handelt es sich längst um globale Probleme, die entsprechend auch globale Lösungen verlangen. Doch solche Lösungen sind wiederum nur dann möglich, wenn auch die politischen Rahmenbedingungen stimmen, meint Harald Müller, Direktor der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt. Er spricht dabei von der „Nachhaltigkeit zweiter Ordnung“, sprich: Was muss passieren, damit die Weltgemeinschaft die großen Nachhaltigkeitsfragen überhaupt konstruktiv angehen kann? Wie muss sich dabei vor allem die westliche Welt bewegen? Das erläutert Harald Müller in der heutigen SWR2 Aula über nachhaltiges Weltregieren.

Harald Müller:

Wir leiden alle unter der globalen Finanzkrise und werden das noch eine Weile tun. Die Finanzkrise zeigt uns, dass die Schicksale der Menschen auf der ganzen Welt in vielfältiger Weise miteinander verwoben sind. Das gilt natürlich in Bezug auf die Weltwirtschaft genauso wie für die Gestaltung der Umwelt oder auch für die Gesundheit, wenn Sie an die Geschwindigkeiten denken, mit der sich heute Seuchen über den ganzen Erdball ausbreiten können. Es gilt ebenso für die globale Sicherheit. Der Terrorismus kennt keine Grenzen. Im Zeitalter der Interkontinentalraketen können Nuklearwaffen mit der vielfachen Sprengkraft der Bombe, die Hiroshima zerstörte, von einem Punkt der Erde zu jedem anderen fliegen.

Dieses Zusammenwachsen der Welt erfordert natürlich, dass die Probleme, die wir haben, gemeinsam geregelt werden. Die Sache hat nur einen Haken: Solange die Staaten, die diese Regelungen als Hauptakteure betreiben müssen, sich gegenseitig „an der Gurgel sitzen“, solange sie sich gegenseitig misstrauen, um Machtpositionen konkurrieren oder gar Kriege führen, haben sie natürlich keinen Nerv dafür, sich zusammen zu setzen, um Probleme einvernehmlich zu regeln.

Wenn Sie den Blick auf das 19. oder 20. Jahrhundert richten, können Sie sehen, dass die herkömmlichen Wege der Weltpolitik die Staaten gegeneinander treiben in eine Konkurrenz mit oft tödlichem Ausgang. Wechselseitiges Drohen und Misstrauen herrschen vor. Sie können das daran erkennen, dass etwa der Wunsch der Nato, Georgien aufzunehmen, in Moskau für Befürchtungen, Ängste, sogar für einen gewissen Verfolgungswahn gesorgt hat. Wenn man demjenigen misstraut, mit dem man eigentlich zusammen arbeiten muss, dann sind die Chancen einer Kooperation eng begrenzt.

Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, ein Weltregieren zu realisieren. In den letzten Jahren war die Hegemonie am populärsten. Gerade nach dem 11. September 2001 ist der Ruf nach einem starken Hegemon, einer Führungskraft, die sagt, wo es in der Welt lang geht, sehr laut geworden. Dieser Ruf ist von der amerikanischen Regierung unter George W. Bush aufgenommen worden. Allerdings ist klar: Ob es die Sicherheit, die Weltwirtschaft oder den Kampf gegen den Klimawandel betrifft – überall hat die Hegemonie versagt. Dafür gibt es Gründe:

Erstens: Diejenigen, die an der Spitze eines hegemonialen Staates stehen, zum Beispiel in Washington, haben die Weisheit nicht gepachtet. Ihre Horizonte sind so begrenzt wie die unsrigen, das gilt auch für die nationalen Intentionen. Hegemonie und Imperialismus lösen zudem bei anderen Mächten Unruhe aus. Diese fühlen sich bedrängt, sie suchen nach Gegenmitteln, um ihre eigenen vitalen Interessen zu wahren. Das wiederum beeinträchtigt die Möglichkeiten des Hegemons, das öffentliche Gut der Sicherheit zu gewährleisten. Die Gegenmächte werden die Kooperation verweigern und natürlich letzten Endes gegen den Hegemon aufrüsten, um verteidigungsfähig zu bleiben.

Bei anderen Kulturen verursacht die Hegemonie Ressentiments und Gegenwehr, man fühlt sich nicht ernst genommen, Widerstand wird geleistet, und dieser Widerstand verschlingt Stück für Stück die Ressourcen des Hegemons und produziert wieder neuen Widerstand. Hegemonie ist deswegen nicht nachhaltig.

Zweitens: Demokratische „Blümenträume“ unserer politischen Philosophen und Politiker sehen vor, dass die Welt jetzt und hier demokratisch regiert werden müsse. Der Begriff der Weltrepublik enthält die Idee, dass die gesamte Welt, also im Prinzip die Vereinten Nationen, nach demokratischen Maßstäben regiert wird. Es wäre ein perfektes System, wenn es auf der Welt nur noch Demokratien gäbe. Ich wäre der Erste, der dafür stimmt. Aber es gibt auf der Welt eben auch Nicht-Demokratien, darunter eminent wichtige Länder wie China. Wie soll sich China zum Beispiel den Forderungen nach einem Weltparlament fügen, wo es doch in dem Land selbst kein funktionierendes Parlament gibt? Wenn wir es andererseits China überlassen, wenn es in ein Weltparlament schickt, dann werden dort proportional zum chinesischen Anteil an der Weltbevölkerung - das sind etwa ein Viertel oder ein Fünftel - zu 20 Prozent Funktionäre Chinas sitzen. Welchen Sinn hätte das? Machte das die Weltpolitik irgendwie demokratischer? – Natürlich nicht.

Bis zu einer Weltrepublik, die übrigens der große Philosoph Immanuel Kant als einen „Alptraum“ abgelehnt hat, haben wir noch 100, 200 oder 300 Jahre vor uns. Wir brauchen aber eine Weltregierung jetzt und nicht erst in der Zukunft. Die bescheidenere Version, die der amerikanische Präsidentschaftskandidat propagiert hat, ist die „Liga der Demokratien“, die das Recht für sich in Anspruch nehmen sollte, für alle anderen Regeln zu formulieren und auch durchzusetzen. Diese Herrschaftsideologie ist dadurch gekennzeichnet, dass die nicht-demokratischen Staaten wie China, Russland, Ägypten, Malaysia usw. in ihr überhaupt nicht vorkommen. Dies sind daher diejenigen, die letzten Endes schlucken müssen, was ihnen die Demokratien vorsetzen. Außerdem erwarten die Ideologen der Liga der Demokratien, dass junge Demokratien wie Indien, Brasilien oder Südafrika, die Jahre oder sogar Jahrhunderte lang unter dem westlichen Kolonialismus gelitten haben, sich jetzt freudig in eine solche Liga einreihen und kritiklos mitspielen. Das jedoch kann man ganz sicher nicht voraussetzen.

Wir brauchen die Nicht-Demokratien, um die großen globalen Probleme zu lösen. Wie sollen wir zum Beispiel den Klimawandel angehen, wenn China nicht einbezogen ist? Wie sollen wir das Problem des iranischen Nuklearprogramms in den Griff bekommen, wenn Russland nicht mitarbeitet? Der Ausschluss dieser Länder erzeugt bei ihnen natürlich genau das Misstrauen, das wir eigentlich

überwinden müssen, um zu einem nachhaltigen Weltregieren zu kommen. Dass zudem von den westlichen Demokratien noch die westlichen Werte zu den einzig gültigen auf der Welt erklärt werden, schafft außerdem auch anderswo Ressentiments und entsprechenden Widerstand.

Welches Problem muss als erstes angegangen werden? Wir Politikwissenschaftler nennen es das „Sicherheitsdilemma“. Genau besehen ist unsere Welt anarchisch gestaltet. Es gibt keine Weltregierung, wir haben kein Verfassungsgericht für die Welt, es existiert keine Weltpolizei. All das, was an Ordnung entsteht, kann sich nur im Zusammenspiel der Staaten entwickeln. Wer aber seinen Nachbarn misstraut, wird mit ihm nicht kooperieren wollen. Wir sehen das zum Beispiel an der Energiefrage. Viele Länder fürchten eine zu große Abhängigkeit von Russland, weil das Russland noch stärker machen könnte. Auch im Technologietransfer spielt das eine Rolle. Die Vereinigten Staaten haben strikte Beschränkungen für die Technologien, die sie nach China exportieren aus Furcht, China könnte diese Technologien militärisch irgendwann gegen sie einsetzen. Ohne die Überwindung dieses Sicherheitsdilemmas kann kein Rahmen für die nachhaltige Lösung globaler Probleme entstehen.

Leider wird unser Streben nach einem nachhaltigen Weltregieren durch einen ganz besondere Entwicklung erschwert, in der wir uns im Moment befinden und die sich in der Weltgeschichte immer wieder wiederholt hat, das ist der sogenannte Machtwechsel. Wir sehen, dass China und Indien mit deutlich höheren Wachstumsraten ihre Wirtschaft erweitern können. Wir können eine Linie ziehen zwischen dem Wachstum der USA und dem Chinas oder Indiens. Dann stellen wir fest, dass irgendwann zwischen 2030 und 2040 das chinesische Bruttosozialprodukt so groß sein wird wie das amerikanische, und irgendwann zwischen 2050 und 2060 auch Indien die USA eingeholt haben wird. Es wird also irgendwann in der nächsten Generation einen Machtübergang geben von der transatlantischen in die asiatische Welt. Russland spielt dabei eine gewichtige Rolle, aber es ist kein Mitspieler in diesem Spiel. Russlands Wirtschaft basiert allein auf dem Primärsektor, auf seinem Erdgas und seinem Erdöl. Auf einer solchen Basis kann man im 21. Jahrhundert nicht im ganz großen Spiel mitspielen. Europa spricht nicht mit einer Stimme, wir sind daher Randfiguren.

Historische Erfahrungen zeigen, dass solche Machtwechsel riskant sind, da liegt immer Krieg in der Luft. Die neuen Weltmächte müssen reibungslos ihre neue Verantwortung übernehmen können, die herrschenden Weltmächte, vor allen Dingen die gegenwärtige Nr. 1 USA, müssen ihren relativen Machtverlust gegenüber den Neankömmlingen konstruktiv und in Würde verarbeiten können. Leider können wir nicht übersehen, dass es genügend Anlässe gibt, durch die die Großmächte zusammenstoßen könnten. Zwischen Russland und China zum Beispiel sind die Beziehungen ganz gut, zwischen China und Indien herrschen jedoch noch nicht beigelegte Grenzstreitigkeiten zwischen den Flotten beider Länder, es gibt eine unverkennbare Rivalität darüber, wer das Gebiet am östlichen Rand des Indischen Ozeans beherrschen soll. Problematischer sind die Verhältnisse zwischen China und den USA, obwohl beide mittlerweile eine halbwegs funktionierende Beziehung etabliert haben. Aber die USA sind nun mal Garantiemacht zahlreicher kleinerer asiatischer Länder von Japan bis Singapur, die USA sind zudem Schutzmacht von Taiwan, das wiederum von China beansprucht wird als Teil des eigenen Landes. Das

sind brisante Fragen, die man ruhig behandeln kann, die aber auch Eskalationen nach sich ziehen können.

Das größte Risiko allerdings ist der Energiehunger aller Mächte - vorausgesetzt unsere Weltwirtschaft wird weiterhin auf fossilen Energieressourcen basieren. Denn leider sind die Energieressourcen im hohen Maße auf eine besonders instabile Region konzentriert: auf den Nahen und Mittleren Osten, den Persischen Golf im besonderen. Die dortigen Energie produzierenden Länder sind fragil, sie befinden sich in einer rapiden und instabilen Modernisierung. Je mehr Staaten wie China, Indien und die USA mit Hilfe ihrer Flotten und Luftstreitkräfte die eigene Macht weit vor ihre eigenen Tore verlegen, desto mehr wächst die Gefahr, dass sie wegen des Öls des Persischen Golfs aneinandergeraten könnten.

Eine weitere Herausforderung für nachhaltiges Weltregieren besteht in der Multikulturalität unserer Welt. Sie hören oft in öffentlichen Debatten, dass die liberalen Menschenrechte, an die wir heute alle glauben, aus der konsequenten Entwicklung der jüdisch-christlichen Lehre von Anbeginn bis heute resultierten. Das widerspricht deutlich anderen Religionen und Kulturen, insbesondere der islamischen, vielleicht auch der hinduistischen, der konfuzianischen. Daraus geht natürlich logischerweise hervor, dass sich die Welt nach unserem westlichen Bild auszurichten und unseren Weg nachzuahmen habe. Diese Behauptung ist weltgeschichtlich gesehen ein ungeheurer Unsinn. Wenn Sie sich ansehen, was das Christentum im Laufe der Jahrhunderte mit Menschen angestellt hat, wenn man sich den Umgang mit Abweichlern, Ketzerverbrennungen, Hexenverbrennungen ansieht, die Kreuzigung der Hussiten im Böhmen des 14. Jahrhunderts, die verzweifelte und energische Gegenwehr der katholischen und der protestantischen Kirche gegen jeden kleinen Fortschritt in der Entwicklung der Menschenrechte im 18. und 19. Jahrhundert, wenn man sich all das ansieht, versteht man die Skepsis gegenüber dem Christentum. Wir sollten versuchen gegenüber dem Islam tolerant zu sein, der hat genau dieselben Chancen. Der Islam ist genauso mehrdeutig wie es die christliche Lehre ist, und er kann sich genauso in Richtung einer liberalen Rechtslehre entwickeln wie in Richtung eines fundamentalistischen Totalitarismus. Beides ist möglich. Vom Westen erfordert dies die Erinnerung an ein lang verdrängte christliche Tugend: Es wäre sehr nützlich, wenn unsere Leitkultur als ersten Zielbegriff die „Demut“ enthalten würde.

Im Westen gehen wir heute häufig irrig davon aus, dass unsere Werte bereits weltweit akzeptiert seien. Das ist aber keineswegs der Fall. Nehmen wir einmal an, es kommt ein im Konfuzianismus moderner Prägung sozialisierter Chinese in einen Wahlkampf nach Europa oder in die USA, wo sich die Wahlkämpfer wechselseitig in unflätigster Weise beschimpfen und alles daran setzen, um deutlich zu machen, dass der Gegner ein unmoralischer betrügerischer Lügner ist, der das Schlechteste für sein Land will. Dieser Chinese denkt nun: Aha, das ist also die Elite, die sich in der Demokratie bietet, die offensichtlich unmoralischsten Personen bewerben sich um die Führung – das möchte ich eigentlich nicht.

Oder nehmen Sie an, es kommt jemand aus einem traditionellen afrikanischen Land, in dem dem Alter besonderer Respekt gezollt wird, und er sieht unseren Jugendwahn und die Art und Weise, wie bei uns mit alten Leuten umgegangen wird: das Abschieben und Wegsperrern in teilweise menschenunwürdig geführte Senioren- und

Pflegeheime. Und er fragt sich: Ist das die Art, in der die Menschen hier ihre hohen Werte der Menschenwürde verwirklichen? – Das will ich nicht.

Oder es kommt ein streng gläubiger Saudi und schaut sich an, wie der weibliche Körper in westlichen Ländern als Werbeträger dem männlichen Voyeurismus dargeboten wird, als sei die Frau nichts anderes als ein kommerzielles Objekt. Und er sagt, wenn das nun die Gleichstellung der Frau sein soll, die uns immer so angetragen wird, dann lasse ich doch meine Gattin lieber in der Burka herumlaufen.

Oder es kommt jemand aus einem eher sozialistisch geprägten Land, zum Beispiel Kuba, und sieht, dass in den USA nur Senator oder Präsident werden kann, wer Millionär ist oder genügend Millionäre für sich gewinnen kann. Er fragt sich, das ist nun also die viel gelobte Gleichheit beim politischen Entscheidungsprozess, die man uns immer als Demokratie predigt? – Das will ich doch eher nicht.

Das heißt, wenn Sie durch die Brille anderer Kulturen blicken, werden Sie feststellen, dass das, was wir selbst als unsere Werte ausgeben und wie wir uns verhalten, plötzlich Diskrepanzen zeigt. Auch das lehrt Demut: den Balken im eigenen Auge sehen – Demut ist übrigens eine christliche Tugend, die ich in unserer Leitkulturdebatte komplett vermisste. Wie sehen wir eigentlich aus, wenn wir uns ganz ernsthaft an den eigenen Werten messen? Und deswegen glauben andere Kulturen uns auch oft nicht, wenn wir ihnen unsere Segnungen andienen, sondern sehen dahinter immer eine versteckte böse Absicht. Denn sie sagen, wenn das alles, was ihr fordert, so gut wäre, warum haltet Ihr Euch eigentlich nicht selbst daran?

Aus diesen Gegensätzen ergibt sich eine große Problematik, gemeinsame Lösungen zu finden, weil Lösungen für Probleme letzten Endes wertgebunden sind. Man muss sich ganz behutsam herantasten, und genau das hat der Westen in den letzten 20 Jahren überhaupt nicht getan. Wir erheben den Anspruch, zwischen guten und bösen Ideologien, guten und bösen Staaten zu unterscheiden und dann als Ligen der Demokratien Regeln für alle anderen zu setzen. Diese Regeln treffen auf heftige Kritik und auf Widerstand. Denn die Staaten und Kulturen anderer Völker verlangen, dass auch ihre Werte in einem globalen Ordnungssystem angemessen berücksichtigt werden. Sie wollen, dass die Verteilung globaler Güter und die Teilhabe an globalen Entscheidungen gerecht verteilt sein soll. Es geht also um zweierlei: um kulturelle Anerkennung und um das fundamentale menschliche Problem Gerechtigkeit. Wenn diese Wünsche nicht erfüllt werden, kann der viel beschworene „Kampf der Kulturen“ tatsächlich drohen. Er ist keineswegs eine Naturnotwendigkeit, aber er kann das Ergebnis politischer Dummheit sein.

In den Klimaverhandlungen stehen wir als Industrieländer mit einer enormen Entwicklung und einem exorbitanten Energieverbrauch Ländern gegenüber, die jetzt versuchen aufzuholen, nachdem sie nicht zuletzt durch die vergangene Politik des Westens auf einem niederen Stand des Fortschritts gehalten worden sind. Man darf nicht vergessen, China und Indien waren Ende des 18. Jahrhunderts wirtschaftlich so weit entwickelt wie Europa. Es ist maßgeblich die Folge der europäischen Einwirkung, dass sich diese großen Unterschiede entwickelt haben. Sie verlangen das, was man transhistorische Gerechtigkeit nennen würde, das heißt, besondere Opfer von uns, um das gut zu machen, was wir in der Vergangenheit in diesem Kontext verschuldet haben. Wir wollen aber das Problem des Klimaschutzes jetzt

lösen. Ein Kompromiss wird nur möglich sein, wenn die westlichen Industrieländer den neuen Aufsteigern sehr sehr weit entgegen kommen. Das wird uns Blut, Schweiß und Tränen kosten, aber das Ziel ist das wert.

Wo sind nun die konkreten politischen Lösungen? Zuerst schlage ich das Mächtekonzept vor. Sie werden sich fragen, warum ich jetzt mit Musik komme, wenn es doch um Politik geht. Das Mächtekonzept hat ein ganz ehrwürdiges Vorbild der großen europäischen Mächte im frühen 19. Jahrhundert, denen es nach den katastrophalen napoleonischen Kriegen gelungen ist, für immerhin anderthalb Generationen den Frieden auf dem europäischen Kontinent zu sichern. Die Regeln dieses Konzerts sahen so aus: Anerkennung der Gleichstellung aller Beteiligten, Respektierung der vitalen Interessen der anderen Mächte, ständige Konsultationen über strategische Fragen, eine Intensivierung dieser wechselseitigen Abstimmungen, wenn eine Krise auftritt, keine einseitigen militärischen Interventionen und keine einseitigen Zugewinne auf Kosten der Partner. Eine solche Feinabstimmung der Politik zwischen den heutigen großen Mächten USA, China, Indien, Russland, EU, Japan, vielleicht noch Brasilien würde ganz sicher gute Ergebnisse bringen. Denn die Prinzipien sind hochaktuell. Sie würden helfen, das Sicherheitsdilemma zwischen den großen Mächten zu entschärfen.

Der zweite Baustein einer Lösung basiert auf Anerkennung und Respekt. Denn die Mitwirkung wichtiger Akteure kann natürlich nur erwartet werden, wenn man sie ernst nimmt und sie in ihrer Eigenheit auch anerkennt. Zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Regierungen, die sich an das Völkerrecht, das heißt an das internationale Regelwerk halten, darf es im Anspruch auf Souveränität und Teilhabe an der Weltpolitik keinen Unterschied geben. Wir können im Westen hundert Mal erzählen, dass die chinesische politische Elite nicht von den Bürgern gewählt wurde, für sehr viele chinesische Bürger ist das überhaupt nicht maßgeblich. Wir müssen respektieren, dass politische Führung anderswo anders legitimiert wird. In China wird Legitimität durch zwei Faktoren bestimmt: Der erste Faktor ist Harmonie und Ordnung. Wenn etwa die kommunistische Partei Chinas in Nachfolge der konfuzianischen Beamtenschaft am chinesischen Kaiserhof in der Gesellschaft Ordnung stiftet, dann zeigt sie dadurch, dass sie berechtigt ist, Herrschaft auszuüben. Das zweite Kriterium ist der Erfolg. Solange die chinesische Regierung für das Volk einen vorher nie gekannten wirtschaftlichen Wohlstand schaffen kann, wird sie als legitim anerkannt. Das schlägt natürlich sehr schnell um, wenn das nicht mehr passiert. Aber wir sollten nicht glauben, dass Legitimitätskriterien, die in vielen unserer Gesellschaften nicht einmal 100 Jahre alt sind, nun gleich auch überall auf der Welt gelten müssen. Und wir müssen geduldig darauf warten, dass früher oder später die wachsenden Mittelschichten sich modernisierender Länder auch Teilhabe verlangen. Das gilt für China, das gilt für Russland, das gilt für Länder mit moslemischer Mehrheitsbevölkerung und vor allen Dingen für die arabischen Länder. Sie müssen alle angemessene Teilhaberechte erhalten, etwa in der G8 oder auch im Zuge einer Reform der Vereinten Nationen.

Demokratisierung ist wünschenswert, und ich wünsche mir soviel Demokratien auf der Welt wie jeder meiner Hörerinnen und Hörer. Aber Demokratisierung ist die Sache der Menschen in den Ländern selbst, eine Sache ihrer inneren Entwicklung. Hilfe von außen muss sanft und unaufdringlich sein. Wenn es zu ganz massiven Verstößen gegen die Menschlichkeit, das heißt wenn es zu Völkermord kommt, dann

und nur dann sind die inneren Angelegenheiten auch Sache der internationalen Gemeinschaft, und dafür sind die Vereinten Nationen zuständig und natürlich nicht die NATO.

Der dritte Baustein nachhaltiger Weltpolitik ist die Beilegung der gefährlichsten Konflikte. Sie toben im Mittleren Osten, in Südasien und – mit glücklicherweise abnehmender Tendenz – in Ostasien auf der koreanischen Halbinsel. Diese Konflikte bergen das höchste Risiko, weil in ihnen der Einsatz von Kernwaffen nicht auszuschließen ist. Im Nahen Osten geht es darum, das Lebensrecht Israels mit dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu versöhnen. Die Blaupausen dafür liegen schon lange auf dem Tisch. Ich erinnere nur an das vorzügliche Dokument, das Palästinenser und Israelis in einer privaten Initiative in Genf vor einigen Jahren ausgearbeitet haben. Die anti-israelische Vernichtungsrhetorik der gegenwärtigen iranischen Regierung hingegen verdient massiven Widerstand.

Der vierte und wichtigste Baustein eines nachhaltigen Weltregierens ist die Stärkung des Völkerrechts. Die Menschheit hat in ihrer Geschichte vier Methoden erfunden, mit der sie Probleme zu regeln versucht. Da ist erstens die Macht. Aber wenn die Macht ohne Recht ausgeübt wird, bekommt man einen Stalin oder in milderer Form einen George W. Bush, und damit lässt sich keine Ordnung stiften. Das zweite ist der Markt, aber wenn der Markt ohne Rechtsregelungen funktioniert, bekommt man Lehman Brothers und die heutige Finanzkrise, in der wir stecken. Das dritte ist die Moral, wenn aber die Moral rechtsfrei ausgeübt wird, bekommt man das Taliban-Regime, und das will auch kein Mensch. Das Recht ist das für die internationalen Verhältnisse der heutigen Vielfalt am besten zu gebrauchende Medium. Nachhaltiges Weltregieren wird nur funktionieren, wenn es nach frei vereinbarten Rechtsgrundsätzen geschieht. Alle Akteure müssen dabei dem Weltrecht unterworfen werden. Die Mitwirkung an der Rechtssetzung bezieht auch internationale Organisationen, Nicht-Regierungsorganisationen und Unternehmen ein. Doch bleibt der zwischenstaatliche Vertrag die wichtigste Quelle des Völkerrechts.

Wenn wir mal völlig umstellen von Arroganz auf demütige Kooperationsbereitschaft, haben wir damit natürlich erst die Hälfte erreicht. Es geht relativ einfach mit denjenigen Partnern, die uns nahe stehen. Wir kennen das aus der EU, da raufen wir uns auch zusammen, aber wir schaffen es immer, irgendeinen Kompromiss zu formulieren, weil die „Käseglocke“ des Wertesystems, die wir miteinander teilen, das unheimlich erleichtert. Es wird schon schwieriger, wenn wir aus dieser Käseglocke herausgehen, etwa in die Welthandels- oder in die Kyoto-Verhandlungen, denn da treffen wir auch auf andere, deren Wertesysteme anders ticken als unsere. Aber hier haben wir immerhin noch Partner, die sagen, ja, wir haben dieselben Probleme mit Euch, wir sind genötigt, die zu lösen, und was immer wir für Widersprüche mit Euch haben, wir sind willens, diese Widersprüche zu überwinden und irgendwie zu einem wie auch immer gearteten Wertesystem zu kommen, das wir gemeinsam haben. Es gibt eine dritte Gruppe, die sagt, wir haben zwar dieselben Probleme, aber wir sind so weit auseinander, dass wir sie nicht gemeinsam lösen können, die sind aber immerhin bereit zu sagen, wir sind weit voneinander entfernt, aber wir leben auf friedliche Weise zusammen. Das heißt, wir können Regeln vereinbaren, wie wir den Frieden sichern, aber nicht viel mehr. Es könnte sein, dass es bei Saudi-Arabien darauf hinausläuft. Es kann sein, dass es in weiteren islamischen Ländern

Regierungen geben wird, die eine strikte Scharia-Ordnung wollen und soviel Misstrauen gegen uns hegen, dass eine Kooperation nicht möglich ist, aber doch eine friedliche Koexistenz. Und dann gibt es welche, Marke Hitler, die völlig friedensunfähig sind. Gegen sie haben alle anderen das Recht, sich zu wehren. Die Art und Weise, wie die jetzige iranische Regierung, die von einer extremistischen Minderheit geführt wird, sich gegenüber Israel aufführt, legt den Schluss nahe, dass Iran ein solches Land sein oder werden könnte. Da hilft in der Tat nur die Verteidigung der Weltgemeinschaft gegenüber dem Friedensstörer, aber eben der Weltgemeinschaft als Ganzes – und nicht der NATO.

Welche Schlüsse können wir aus all dem ziehen? Das Prinzip, dass alle Staaten ungeachtet ihrer politischen und kulturellen Ordnungen, ein Recht zur Mitwirkung an der Weltpolitik haben, ist wichtigster Pfeiler einer funktionierenden nachhaltigen Ordnung. Nachhaltiges Weltregieren im 21. Jahrhundert verlangt eine so grundlegende Umkehr im Verhalten der Staaten zueinander, wie nachhaltiges Wirtschaften eine grundlegende Umkehr des Verhältnisses der Gesellschaften zur Natur verlangt.

*** Zum Autor:**

Harald Müller ist Leiter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und Professor für Internationale Beziehungen in Frankfurt am Main. Er war lange Jahre Abrüstungsberater des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kofi Annan.

Buchveröffentlichung:

"Wie kann eine neue Weltordnung aussehen? Wege in die nachhaltige Politik", Fischer Taschenbuch Verlag, 2008.